

Sonderthema: Denis Puschilin zur aktuellen Lage und Perspektiven der Entwicklung (02.08.2021)



ria.ru: Interview mit dem Oberhaupt der DVR Denis Puschilin

Während die Kiewer Regierung erklärt, dass sie sich für eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass einsetzt, fliegen täglich Geschosse vom ukrainischen Territorium in die DVR. Das Oberhaupt der nicht anerkannten Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, erklärte gegenüber RIA Nowosti, dass die Ukraine eine militärische Lösung des Konflikts nicht aufgegeben habe, dass es auf den Verhandlungsplattformen keinerlei Bewegung gebe und dass die Rückkehr des Donbass in den Staatsverband der Ukraine unter keinen Umständen möglich sei.

- Halten Sie das Gesetz Wladimir Selenskij's "Über einheimische Völker" für diskriminierend? Und wie will Kiew mit solchen Gesetzen die russischsprachigen Gebiete im Osten vereinen? Steht das nicht im Widerspruch zu dem, worüber verhandelt wird?

- Ich halte das für Diskriminierung. Der Rest der Ukraine bewegt sich weiter auf eine noch größere Spaltung zu.

Als Selenskij für das Präsidentenamt kandidierte, wurde er mit einer völlig anderen Botschaft gewählt. Und nur aufgrund der Versprechen, die er damals gegeben hat – Herstellung von Frieden, eine andere Haltung gegenüber der russischen Sprache und Geschichte – ist es ihm gelungen, Präsident zu werden. Doch nachdem er Staatsoberhaupt geworden war, schlug er sofort eine völlig andere Richtung ein und begann, sich auf die nationalistische Minderheit zu orientieren. Dies verschlimmerte die Situation.

Wenn man über die Verhandlungsorte spricht, dann gibt es dort nichts Neues. Es gibt keinerlei Fortschritt. Betrachten wir es objektiv: Im Laufe der Jahre gab es viele Treffen, viele Aktionen und Schritte, aber in Wirklichkeit wurden die Minsker Vereinbarungen kein Jota umgesetzt, und zwar genau wegen der Position der Ukraine.

Der Status der russischen Sprache ist ein weiterer Stolperstein. Die Aufhebung des Sprachengesetzes durch die Oberste Rada im Jahr 2014 brachte die Einwohner des Donbass dazu, gegen die Zertrampelung unserer Geschichte, Kultur und Sprache einzutreten. Seitdem hat sich die Menschenrechtslage in der Ukraine um mehrere Größenordnungen verschlechtert und verschlechtert sich leider weiter.

- Meinen Sie, dass dieses Gesetz die Entfremdung zwischen der Ostukraine und Kiew noch weiter vorangetrieben hat, als dies in den letzten sieben Jahren der Fall war?

- Im Jahr 2014 sahen wir den Höhepunkt der politischen Spielereien, die alle vorherigen Präsidenten betrieben hatten, um den Einheitsstaat zu stärken. Aber das war unnatürlich für dieses Land. Selbst der "Erfinder der Ukraine" Gruschewski sah sie als föderalen Staat. Später, in den frühen 90er Jahren, sprach sogar der Nationalist Tschernowol von einer föderalen Struktur der Ukraine, die es ihr ermöglichen würde, als Staat zu existieren. Während der Sowjetzeit war dies nicht so wichtig, da es innerhalb der Sowjetunion keine Grenzen gab. Nach ihrem Zerfall hielt sich die Ukraine jedoch nicht mehr lange als eigenständiger, einheitlicher Staat. Wir sehen, dass es jetzt in der Tat die Krim und den Donbass mehr gibt. Ich werde Ihnen sagen, dass dies erst der Anfang ist. Denn die in der ukrainischen Gesellschaft vorhandenen Stolpersteine verstärken nur die durch kurzfristige Gesetzgebung verursachten Spaltungen. All dies wird letztendlich dazu führen, dass

die Ukraine als Staat einfach nicht mehr existieren kann.

- Wenn die Russen nicht als einheimisches Volks angesehen werden, wie ist dann eine Rückkehr dieser Territorien unter die Kontrolle Kiews möglich?

- Eine Rückkehr ist unter keinen Umständen mehr möglich. Nach dem Staatsstreich von 2014 ist es nicht einmal mehr die gleiche Ukraine. Es ist etwas anderes - eine andere Entität, die es nicht erlaubt, als einheitlicher Staatsraum zu existieren. Jetzt sehen wir eine Bewegung in eine ganz andere Richtung - Verfall und Auflösung.

- Kann man sagen, dass die Hoffnungen auf das Treffen von Putin und Biden gerechtfertigt waren, wenn wir sie im Hinblick darauf sehen, dass Kiew eine militärische Lösung der Situation im Donbass aufgibt?

- Nach den Aktionen Kiews zu urteilen - ich meine die Anzahl der Geschosse, die täglich auf dem Gebiet der DVR landen - sehen wir nicht, dass die Ukraine eine militärische Lösung des Konflikts aufgegeben hat. Das Treffen zwischen den Präsidenten Russlands und der Vereinigten Staaten war zweifellos nützlich, aber im Donbas hat sich danach nicht viel geändert. Unser Gebiet wurde und wird weiterhin beschossen. Also noch nicht - die Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt.

- Wird der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij im August irgendwelche Zugeständnisse erhalten können, nachdem die USA beschlossen haben, das Nord Stream 2-Projekt in Ruhe zu lassen?

- Es ist schwierig zu beurteilen, wie weit die Vereinigten Staaten bereit sein werden, die Ukraine zu beschwichtigen. Die USA, Deutschland und eine Reihe anderer Länder denken in erster Linie an ihre nationalen Interessen. An die Interessen ihrer Bürger. Und Versuche, Wirtschaft und Politik zu auszutauschen oder zu vermischen, wie es Selenskij jetzt versucht, scheitern immer. Wird Selenskij besänftigt werden oder wird das Gegenteil demonstriert werden? Die Ukraine als Subjekt gibt es schon lange nicht mehr. Sie ist Objekt, und es gibt verschiedene Möglichkeiten, ein Objekt zu behandeln. Es kann Zuckerbrot sein, es kann eine Peitsche sein. Wir werden sehen, für welche Methode sich die USA entscheiden.

- Wie kann die Klage Russlands gegen die Ukraine vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kommentiert werden, unter anderem auch was den Absturz der Boeing betrifft?

- Was die Klage Russlands gegen die Ukraine vor dem EGMR betrifft, so ist dies ein sehr wichtiger Schritt. Wir unsererseits arbeiten seit 2014 daran, die Kriegsverbrechen Kiews zu dokumentieren. Wir hatten verschiedene Gruppen von Aktivisten - so konnte man sie damals nennen -, die unseren Bürgern halfen, eine große Anzahl von Klagen beim EGMR einzureichen. Diese Arbeit wird fortgesetzt. In Anbetracht der doppelten Standards verzögert sich die Arbeit und ist gerade für die Einwohner des Donbass schwieriger geworden. Dennoch findet diese Arbeit statt.

Seit mehreren Jahren gibt es in der DVR eine Kommission zur Aufklärung von Kriegsverbrechen seitens der Ukraine. Und jetzt, auf einer so hohen zwischenstaatlichen Ebene, glaube ich, dass diese Klage zur rechten Zeit kommt. Wir unsererseits sind bereit, alle Zeugenaussagen und Beweise für die Schuld der Ukraine vorzulegen. Seit sieben Jahren begeht Kiew Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit und verstößt damit gegen die Normen und Konventionen des Völkerrechts, und zwar ungestraft während dieses gesamten Zeitraums.

Was die Boeing angeht, so ist dieser Punkt auch in der EGMR-Klage enthalten, was wir für absolut richtig halten. Hier ist ein Höchstmaß an Transparenz erforderlich, und wir fordern sie. Seit 2014 haben wir im Rahmen unserer Möglichkeiten so viele Informationen wie möglich bereitgestellt. Sobald die "Black Boxes" gefunden waren, übergaben wir sie der malaysischen Seite. Wenn wir von unvoreingenommenen Ermittlungsmaßnahmen sprechen könnten, würden wir hier im Donbass viel Arbeit sehen, mit Zeugen, mit Augenzeugen dieser schrecklichen Ereignisse, deren Verursacher nach unserer tiefen Überzeugung der Staat Ukraine ist. Zweifellos befinden sich genau dort die Menschen, die die verbrecherischen Befehle erteilten.

Leider ist die Voreingenommenheit nicht nur auf Seiten einzelner Personen in dieser Untersuchung zu erkennen, sondern sogar auf Seiten der USA. Sie halten sehr wichtige Daten zurück - Satellitenbilder, die zum Zeitpunkt des Absturzes aufgenommen wurden. Warum tun sie das? Ich

denke, die Antwort liegt auf der Hand: Diese Bilder würden Licht in dieses Verbrechen seitens der Ukraine bringen.

- Wenn wir über den Grad der Schuld Kiews sprechen: War das Zufall oder nicht? Die Russische Föderation behauptet in ihrer Beschwerde, die Ukraine habe es versäumt, den Luftraum in der Konfliktzone zu schließen. Glauben Sie, dass dies ein Zufall oder eine inszenierte Aktion ist?

- In Anbetracht der kriminellen Handlungen der Ukraine würde mich das überhaupt nicht überraschen. Kiew hat dies kaum versehentlich und ohne böse Absicht getan. Denn in sieben Jahren Krieg hat die Ukraine zu offen gezeigt, wozu sie fähig ist. Es gab also durchaus ein Motiv für die Ukraine, eine solche Provokation zu begehen, die zu diesem Zeitpunkt so notwendig war. Nach ihren Berechnungen hätte sie vielleicht unsere Offensive stoppen können.

Bei der Untersuchung eines Verbrechens muss man, um den Täter zu finden, immer nach demjenigen suchen, der ein Motiv hatte. Damals hatte also nur die Ukraine ein Motiv, wir hatten kein Motiv. Denn wir hatten Offensivaktionen und es ist nicht bekannt, wo wir zu diesem Zeitpunkt hätten aufhören können. Russland hatte kein Motiv, denn es war mehr als alle anderen daran interessiert, eine Eskalation des Konflikts zu verhindern, da er sich in der Nähe seiner Grenzen abspielte. Die Ukraine hatte ein Interesse. Die Untersuchung muss klären, ob der Luftraum offen war, obwohl er hätte geschlossen werden müssen. War es ein Unfall oder war es böswillige Absicht von Seiten der Ukraine?

- Der frühere Präsident der Ukraine, Pjotr Poroschenko, versprach kürzlich, die Krim in einem Jahr zurückzuholen. Meinen Sie, dass dies Populismus ist? Und sehen Sie in dieser Aussage die Gefahr, dass Poroschenko versucht, den Donbass mit Gewalt zurückzuholen?

Selbst als Poroschenko Präsident war, gab es kein Vertrauen in seine Worte. Seine Äußerungen waren zu populistisch, und seine Worte standen immer im Widerspruch zu seinen Taten. Es lohnt sich also nicht, diesen Aussagen große Aufmerksamkeit zu schenken. Andererseits sind wir uns bewusst, dass Kiew seine Absicht, den Konflikt im Donbass mit Gewalt zu lösen, noch nicht aufgegeben hat, so dass wir zu allem bereit sind. Wir sind auf verschiedene Szenarien der Entwicklung vorbereitet. Falls erforderlich, sind wir angesichts unserer Kräfte und Fähigkeiten bereit, nicht nur über die Abwehr aggressiver Handlungen seitens der Ukraine zu sprechen, sondern auch eine Gegenoffensive einzuleiten. Wenn Kiew alle Versuche, den Konflikt friedlich zu lösen, zunichte macht, haben wir einfach keinen anderen Ausweg.

- Wo könnte die Gegenoffensive aufhören?

- Es ist sehr schwierig, dies vorherzusagen, aber bei der Ausarbeitung der Entwicklungsvarianten berücksichtigen wir vor allem, dass zu viele Bürger, insbesondere Russen, russischsprachige Bürger, in der Ukraine diskriminiert werden. Es sind unsere Landsleute, die wir nicht vergessen dürfen. Und natürlich werden wir sie nicht im Elend zurücklassen.

- Um auf das Thema EGMR zurückzukommen: Sie sagten, dass eine Kommission in der Republik arbeitet. Wir wissen auch, dass die Staatsanwaltschaft Fakten über die Beschüsse sammelt. Können Sie uns sagen, ob die DVR bereit ist, im erforderlichen Umfang zu kooperieren und alle für den EGMR gesammelten Daten bereitzustellen? Und wie sieht es mit den Beschwerden beim EGMR aus, die früher eingereicht wurden?

- Natürlich sind wir bereit, alle Daten, die wir haben, zur Verfügung zu stellen, und der Austausch dieser Daten ist bereits im Gange. Was die zuvor beim EGMR eingereichten Klagen betrifft, so wurden einige von ihnen vor kurzem mit der Bitte um Ergänzung bestimmter Informationen zurückgesandt. Deshalb arbeiten wir weiter an diesen Klagen und helfen Bürgern, die unter der Aggression der Ukraine gelitten haben, ihre Rechte zu verteidigen. Diese Arbeit wird auch in Zukunft fortgesetzt werden. Von unserer Seite gibt es eine maximale Offenheit und den Wunsch, dass die Gerechtigkeit siegt.

- Kann man sagen, dass sowohl die Beweisgrundlage als auch die Beweise für die Verbrechen auf dem Gebiet der DVR fertig sind und nur noch übergeben werden müssen?

- Völlig richtig.

- Sind Perspektiven irgendwelcher gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der DVR und der

Ukraine möglich?

Das ist unsere tiefe Überzeugung, und hier stimmen wir zu 100 % mit dem überein, was der russische Präsident sagt: Wir müssen die kriminelle Regierung, die jetzt in Kiew ist und den Rest der Ukraine beherrscht, von den Bürgern trennen. Dies gilt umso mehr, als es in verschiedenen Regionen der Ukraine genügend Menschen gibt, die die gesamte Situation und die Lage absolut vernünftig einschätzen und sogar bestimmte Schritte unternehmen.

Darüber habe ich auf dem Forum gesprochen (dem Forum "Russland - Donbass: Einheit der Prioritäten", das am 15. Juli 2021 in Donezk stattfand - Anm. d. Red.) Am Vorabend der Veranstaltung erhielt ich einen Brief aus Mariupol. Tatsächlich gibt es viele solcher Appelle in verschiedenen Formen: soziale Netzwerke, E-Mails und die Website der Administration des Oberhaupt der DVR. Eine Frau schrieb: „Mariupol wird nicht enttäuschen, die Menschen sind mit ganzer Seele in Russland, wir sind russische Menschen, und das sagt alles.“ Ich erhalte ähnliche Briefe nicht nur aus dem Donbass, der unter ukrainischer Kontrolle steht, sondern auch aus anderen Oblasten. Sie schreiben mir aus Nikolajew: "Wir bitten Sie, den gesamten Südosten - Dnjepropetrowk, Kriwoj Rog, Saporoshe, Cherson, Mikolajew, Odessa - unter Ihre Fittiche zu nehmen. Wir sind Korruption und Nationalisten und unseren Clown Se leid.“

Wir sehen, dass einige Menschen in der Ukraine trotz der Risiken, trotz der Drohungen der Nationalisten, versuchen zu kämpfen. Selbst wenn sie Funktionen haben. So hat beispielsweise der Sekretär des Stadtrats von Charkow, Igor Terechow, vor Gericht die Wiederherstellung des Namens des Schukow-Prospekts erwirkt, und er hat den Prozess gewonnen. Man kann sagen, dass es vernünftige Richter waren, die diese Entscheidung getroffen haben. Oder sie waren auch nur weitsichtig und wussten, dass die Situation in der Ukraine nicht ewig andauern kann und sie für alle Gerichtsentscheidungen zur Verantwortung gezogen werden.

Und wir verstehen, wie viele Einwohner von Charkow eine solche Initiative unterstützen und Igor Terechow, der unter Drohungen nicht aufhört, unterstützen. Dort sollen Straßen und Alleen wieder ihre historisch korrekten Namen erhalten und nicht neue Namen, die mit offenen Verbrechern Kriminellen in Verbindung stehen.

Dies deutet darauf hin, dass die Regierung in der Ukraine früher oder später ersetzt werden wird und dass es verschiedene Optionen geben könnte. Denn es gibt Menschen - Russen, Russischsprachige oder einfach nur Bürger der Ukraine -, die mit dem Kopf bei der Sache sind und nicht bereit sind, die Geschichte neu zu schreiben und zu leugnen, dass Ukrainer und Russen ein Volk sind. Und darin liegt vielleicht die Möglichkeit, nicht nur gutnachbarschaftliche, sondern langfristig auch engere Beziehungen zu den Menschen in den Regionen der übrigen Ukraine aufzubauen.

- Wenn es um die Beziehungen geht: In welchen Bereichen kann die DVR mit anderen Ländern zusammenarbeiten?

- Was die Wirtschaft anbelangt, so bin ich ganz offen: Über die Erfolge, die wir erzielt haben, und über die vielversprechenden Entwicklungen und Exporte können wir nicht öffentlich sprechen, da wir nicht anerkannt sind. Solche Informationen sind für unsere Partner in Russland und anderen Ländern schädlich. Beobachten wir einfach die Zahl der in Betrieb genommenen Unternehmen, die Wiederherstellung von Produktionsanlagen, die Zahl der Arbeitsplätze, die Lohnentwicklung. Dies wird der deutlichste Indikator dafür sein, dass sich die Wirtschaft trotz der Blockade und der Beschränkungen erholt und entwickelt.

- Wie kann die Attraktivität der Republik für Investitionen bewertet werden?

Dies ist eine Phase, in der die Republik anders gesehen wird als noch vor ein oder zwei Jahren. Ja, der militärische Konflikt hat sich in die Länge gezogen, aber auf der anderen Seite nähert er sich einem logischen Ende. Den Konflikt sehen wir nur an der Kontaktlinie in vollem Maße. Aber etwa 2,3 Millionen Menschen leben im Inneren der Republik. Und hier gibt es ein riesiges industrielles Potenzial. Hier gibt es ein großes Potenzial in der Bauwirtschaft, denn es gibt viel wiederaufzubauen. Ich spreche dabei nicht nur von zerstörten Wohnungen, nicht nur von der durch militärische Operationen beschädigten Infrastruktur. Wir sprechen auch über Zweitwohnungen. Wir sprechen über die Wohnungs- und die kommunale Infrastruktur, die in den letzten 30 Jahren vernachlässigt

wurde. Es geht um die Tatsache, dass nicht nur Kapitalreparaturen, sondern auch laufende Reparaturen seit Jahrzehnten nicht mehr durchgeführt wurden. Dementsprechend muss etwas dagegen unternommen werden. Aber wenn dies für uns ein Problem ist, das gelöst werden muss, so ist das für die Unternehmen, für die Geschäftskreise eine enorme Perspektive.

Was die Industrieproduktion, die Maschinenbauunternehmen, die chemische Industrie betrifft, so ist dies der Punkt, an dem das Pendel von einer risikoreichen, sehr zweifelhaften Aussicht zu einer zwar noch risikoreichen, aber bereits sehr, sehr ernsten Aussicht umgeschlagen ist. Die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit von Investitionen ist also stark gestiegen.

- Sie haben gesagt, dass der Konflikt zu einem logischen Ende kommt. Was meinen Sie, wie lange wird es noch dauern?

- Wenn ich das wüsste. Leider wird niemand sagen, wann genau. Der derzeitige Stand der Dinge deutet jedoch darauf hin, dass das logische Ende nahe ist.

- Wie viele Menschen auf der anderen Seite der Kontaktlinie unterstützen die DVR und lehnen die nationalistischen Bewegungen in Kiew ab?

- Wenn wir uns zum Beispiel auf die Daten der soziologischen Gruppe "Rating" stützen, die in der Ukraine über den Artikel von Wladimir Wladimirowitsch Putin erhoben wurden, unterstützen 41 % die Ansicht, dass die Russen und die Ukrainer ein Volk sind, das zu einem einzigen historischen und geistigen Raum gehört. Ich denke, in Wirklichkeit ist die Zahl der Gegner nationalistischer Bewegungen viel höher. Wir verstehen, unter welchem psychischen Druck die Bürger der Ukraine sich befinden - die Menschen haben Angst, ihre Meinung zu äußern, wenn sie der Position einer aggressiven Minderheit widerspricht.

- Im September finden Wahlen zur Staatsduma statt. Werden Sie sich beteiligen?

- Ja, natürlich. Wie jeder andere russische Bürger, der auf dem Gebiet der DVR lebt.

- Für wen werden Sie stimmen?

- Ich möchte Sie an das Wahlgeheimnis erinnern.